



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. November 2022
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 1024 Anfrage Frye Urban und Mit. über die Betreuung von traumatisierten geflüchteten Kindern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 1024 wurde auf die November-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 112 zu 0 Stimmen zu.

Urban Frye ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Frye: Auch hier wieder zuerst ein Stimmungsbild von einem Vater: «Unsere Familie stammt aus der Stadt Charkow, die direkt an der Grenze zu Russland liegt, und hat daher von den ersten Kriegstagen an alle Schrecken des Beschusses und der Bombardierung erlebt. Unser Haus und unsere Wohnung wurden von einer Streumunition getroffen. Wir verbrachten mehrere Wochen in einem Luftschutzkeller. Seitdem reagieren unsere Kinder noch mehrere Monate lang auf jedes kriegsähnliche Geräusch und versuchen, sich in einem vermeintlich sicheren Raum zu verstecken.» Wir können davon ausgehen, dass es wohl den meisten Kindern so geht. Ich möchte einmal mehr betonen, dass es mir nicht darum geht, die Ukrainerinnen besserzustellen als alle anderen. Es geht mir darum, dass man sich wirklich um die Kinder kümmert. Wenn man die Antwort liest, könnte man auch wieder meinen, es sei alles bestens. Diese Bilder, die Mails, die ich erhalte, die sagen etwas anderes. Ich habe Ihnen gestern Nacht Fotos vom vermeintlichen Spielplatz geschickt. Die Leute schreiben: «Die Mitarbeiter des Sozialdienstes haben auf demselben Gelände einen Spielplatz für die Kinder aus der Ukraine und einen Platz für die Lagerung von Müll und Abfällen eingerichtet. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würden die Kinder mit Spielsachen spielen, die sie weggeworfen oder selbst zum Spielen mitgebracht haben. Doch leider ist das nicht der Fall. Auf dem Gelände des Lagers ist dies der einzige Bereich, der vor direkter Sonneneinstrahlung, Regen und Wind geschützt ist, was kleine Kinder brauchen. Engagierte Schweizer und Freiwillige brachten viele Spielsachen mit, wofür wir uns herzlich bedanken, und boten ihre Hilfe an, um einen sicheren Kinderbereich mit Aussenspielzeug zu schaffen. Wir baten die Lagerleitung um Erlaubnis, dass wir selbst und die Freiwilligen diesen Spielplatz verschönern dürfen, aber wir erhielten eine Ablehnung, und einige Tage später stellten die Lagerarbeiter Mülltonnen dorthin, um verschiedene Abfälle zu sammeln und Müll und Kinderspielzeug an einem anderen Ort zu vereinen. Ausserdem sollten alle grossen Kinderspielzeuge für den Aussenbereich, welche die Schweizer gespendet haben, auf Anweisung der Lagerleitung zusammen mit dem Müll gelagert werden.» Was heisst das? Wir haben eine Antwort des Regierungsrates, und wir haben das, was mir geschickt wird. Ich habe mir erlaubt, diese Fotos zu schicken. Wir haben einen irrsinnigen Notstand im Psychatriebereich, vor allem bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Man könnte doch in den temporären Unterkünften (TUK) wirklich überall Malateliers einrichten. Vor einigen Wochen

waren tatsächlich drei Leute der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) bei uns, weil wir Personen aus der Ukraine unterbringen. Sie haben gesehen, was wir in der Kunstbox tun, sie haben gesehen, wie wir die Malateliers machen. Sie fanden plötzlich, das könne man eigentlich überall machen. Das wäre in den Gemeinden möglich. Ich bin überzeugt, dass es in allen Gemeinden genügend Leute gibt, die das gerne machen würden. Ich anerkenne die Schwierigkeiten in der Unterbringung, aber es ist der Umgangston, der in den TUK herrscht, und offenbar auch die Überforderung der Leute. Man sollte doch proaktiv versuchen, den Kindern wenigstens Möglichkeiten zu bieten, damit sie eine gewisse seelische Resilienz bilden können. Das vermisse ich unheimlich. Man hat nach wie vor das Gefühl, es sei alles bestens, das ist es aber nicht. Mir geht es nur darum, dass man nicht immer sagt, es sei alles gut, sondern die Inputs aufnimmt und nach Lösungen sucht. Das ist mein tiefster Wunsch im Namen der Kinder und Jugendlichen.

Pia Engler: Urban Frye hat eine Anfrage gestellt zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die traumatisiert sind. Ich gehe davon aus, dass die gegebene Antwort auch für Kinder und Jugendliche gilt, die nicht aus der Ukraine kommen. Ich finde es wichtig, dass wir hier wirklich keinen Unterschied machen. Die DAF verweist in der Antwort auf die Eltern. Ich finde das grundsätzlich richtig. Es ist wichtig, dass wir die Eltern stärken, aber es kommt schnell die Frage auf, was denn mit den traumatisierten Eltern ist. Können diese ihre Verantwortung für die Kinder übernehmen? Sind sie in der Lage, das Richtige zu tun, oder sind überfordert und gefährden ihre Kinder weiter zusätzlich. Aus der Antwort wurde ich nicht ganz schlau, wie es nun wirklich ist. Ich weiss, dass es in Gesundheitsfragen eine Ansprechperson gibt, eine diplomierte Pflegefachperson. Bei Personen, die aus einem Kriegsgebiet kommen, liegt ein Trauma sehr nahe, und es ist nicht so, dass jede Person, die ein Trauma erlitten hat, dieses nicht selbst bewältigen kann, aber man weiss, dass es für viele sehr schwierig ist, dass es Unterstützung braucht und traumatisierte Personen psychische Erkrankungen entwickeln können. Man weiss auch, dass man bei einem Trauma wie bei allen psychischen Erkrankungen die beste Aussicht auf Genesung hat, wenn man es schnell und adäquat behandelt. Für mich stellt sich hier die Frage, ob die DAF nicht in der Lage ist, dies zu tun. Sie ist nicht dafür zuständig, eine Therapiestation oder soziale Einrichtungen aufzubauen. Es geht jedoch darum, dass man eine erste Anlaufstelle hat. Ich meinte, dass dort Personen hineingehören, die auf Traumata spezialisiert sind. Wir wissen, dass wir eine Unterversorgung haben und es schwierig wird, solche Therapien anbieten zu können. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass sich der Kanton überlegt, wie er diese Anlaufstelle für betroffene Personen sichern kann. Schlussendlich sind wir es aber, die die Rahmenbedingungen festlegen. Wir können noch lange die DAF kritisieren, eigentlich macht die DAF nur das, was wir hier im Rat wollen. Hier müssen wir uns überlegen, wie wir mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen aus Kriegsgebieten umgehen wollen.

Stephan Schärli: Im Rahmen ihres Betreuungsauftrags hat die DAF sicherzustellen, dass Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zwecks Abklärung und Therapie Zugang zu qualifizierten Fachpersonen erhalten. Es ist nicht Sache der DAF zu überprüfen, ob die im Ausland ausgebildeten Personen sich für die Abklärung oder Therapie von traumatisierten Kindern und Jugendlichen eignen. Um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, nutzen sie deshalb die in unserem Gesundheitswesen zugelassenen Fachpersonen. Für die Anerkennung der ausländischen Ausbildungen ist die Medizinbedarfskommission zuständig. Die Mitte dankt der Regierung für die Beantwortung der Fragen und erachtet die Antwort als gut und ausführlich sowie als sehr nachvollziehbar.

Monika Schnydrig: Urban Fries Sorge um die geflüchteten Kinder ist ehrenwert, und sein Engagement für sie ist dankenswert. Das Gleiche möchte ich aber auch zum Engagement der Luzerner Bevölkerung und des Personals sagen, gerade bei der DAF. Es ist doch wirklich enorm, wie viele Menschen wir aufnehmen und gut versorgen. Ja, manchmal könnte man Sachen besser machen, aber wer von uns kennt das nicht. Die Fotos, welche uns Urban Frye geschickt hat, sind genau so etwas. Ich sehe hier beispielsweise fröhlich spielende Kinder und ganz viele Spielsachen. Ja, ich sehe auch einen Abfallcontainer, aber auch grünen Rasen. Ich bin überzeugt, dass die Eltern und Kinder vor Ort mehrheitlich

zufrieden und dankbar sind, dass sie vor dem Krieg fliehen konnten und jetzt hier in der Schweiz ein vorübergehendes und sicheres Zuhause gefunden haben. Alle Personen mit Schutzstatus S sind obligatorisch krankenversichert. Sie haben damit Zugang zu den Leistungen des Gesundheitssystems, zu welchem bei Bedarf auch psychologische oder psychiatrische Leistungen zählen. Kinder und Jugendliche, die mit den Eltern oder einem Elternteil in die Schweiz gekommen sind, stehen unter der Obhut und Sorge ihrer Eltern. Die Eltern sind dafür verantwortlich, ihre Kinder zu betreuen. Dazu gehört natürlich auch, dass sie sich mit ihnen beschäftigen und nicht die DAF. Ergänzend können auch Freiwilligenangebote ausserhalb der Zentren besucht werden, und die Kinder können auch die Möglichkeit eines kostenlosen Besuchs einer Spielgruppe nutzen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass wir zu den zu uns geflüchteten Menschen gut schauen und sie mit allem versorgen, was sie dringend brauchen. Jetzt noch eine Bemerkung zu den diversen Äusserungen gestern und heute in unsere Richtung: Unser Anliegen ist und bleibt Freiheit und Sicherheit. Dafür braucht es einen offenen Austausch, kritisches Nachfragen und vor allem das Aushalten von anderen Meinungen oder Lösungsansätzen, eine der Stärken der Schweiz. Das soll so bleiben. Mit dem Finger auf andere zu zeigen, ist auch degoutant. Ich gehe jetzt auch nicht googeln, wie viele Vorstösse andere beispielsweise für immer mehr Ausgaben machen.

Claudia Wedekind: Bei dieser Anfrage sprechen wir von Kindern, die mit ihren Eltern oder mit einem Elternteil in die Schweiz gekommen sind. Das ist ein grosser Unterschied zu den Kindern, die allein geflüchtet sind und dabei Traumata erlebt haben. Gerne möchte ich mich mit drei Sätzen auf diejenigen Kinder berufen, die allein hierhergekommen sind. Unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche flüchten nicht, weil sie von Zuhause oder ihren Eltern weg wollen. Sie begeben sich auf eine gefährliche Reise, weil sie in ihrem Land in Gefahr sind. Da bitte ich die Regierung, alles daranzusetzen, dass diese traumatisierten Kinder wenn immer möglich in einem kleinen Setting untergebracht werden können, wo sie Schutz und Sicherheit erfahren dürfen.

Guido Müller: Es gibt verschiedene Standpunkte auf beiden Seiten, aber alle haben etwas gemeinsam, jede Seite macht der anderen einen Vorwurf. Ich habe heute Morgen die Bilder angeschaut und war wirklich auch schockiert. Ich möchte nun einmal etwas zum gesunden Menschenverstand sagen: Wenn ich in dieser Situation als Verantwortlicher der DAF oder als Betreuungsperson in diesem Lager wäre, wäre es für mich klar, dass die Abfallcontainer wegmüssen und man dort einen Kinderspielplatz einrichtet. Ich hätte nicht nach Gesetzen oder einem Schuldigen gesucht. Es geht um menschenwürdige Zustände, und diese kann man auch schaffen, wenn man beim Aufstehen am Morgen das Hirn einschaltet und entsprechend handelt. Ich möchte bitte an alle appellieren, diesen Blickwinkel nicht aus den Augen zu lassen. Das bringt uns weiter, nicht die Suche nach Schuldigen. Man sollte hinstehen und sagen, dass die Abfallcontainer wegkommen und die Kinder einen anständigen Spielplatz im Trockenen erhalten. Diesen Kindern geht es so besser, als wenn sie zwischen Abfallsäcken spielen müssen. Das wäre die richtige Lösung, und ich bitte darum, dies so weiterzugeben. Ich glaube, das wird normalerweise gemacht und ist auch die richtige Lösung. Es trägt sicher nicht zur Lösung bei, wenn man mit englischen Texten auf die schlechten Zustände von Kinderspielplätzen hinweist, die vom Kanton Luzern zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein schlechtes Beispiel, das muss man ändern, und hier sind die Personen vor Ort gefordert.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich kannte diese Fotos nicht. Ich habe die Fotos vorher aber erhalten. Ich habe die Marienburg zusammen mit der heute aktiven Gemeindepräsidentin von Wikon besucht, und dort habe ich einen Zustand angetroffen, bei dem ich Zuhause meiner Tochter sagen würde, sie solle einmal aufräumen. Dafür haben wir das Personal nicht. Ob das mit den Abfallcontainern klug ist, konnte ich nicht studieren. Mit normalem Denken und Handeln wäre das Problem aber erledigt. Manchmal habe ich das Gefühl, dass es gewisse Personen gibt, die zu manipulieren versuchen. Mir ist auch aufgefallen, dass man von «Lagern» und «Lagermitarbeitern» spricht. Das finde ich speziell. Wir betreiben im Kanton Luzern keine

Lager. Ich muss zudem sagen, dass wir die Schwierigkeiten bezüglich Malateliers nicht lösen können. Wir wollen die Kinder nicht separieren. Wir haben die Erfahrung gemacht – sei das in Spielgruppen oder Schulen –, dass die Integration viel schneller und besser klappt, wenn sie mit anderen Kindern zusammen sind. Auf kommunaler und kantonaler Ebene verfügen wir über Angebote zur Förderung, Unterstützung und Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Diese setzen wir ein. Die Angebote richten sich auch an die Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine. Zurzeit sind 784 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre mit Status S bei uns im Kanton Luzern untergebracht, davon 219 in einer kollektiven Unterkunft, 381 in einer Kantonswohnung und 184 privat. Noch etwas zur Schulsituation: Wie der Bildungs- und Kulturdirektor schon erwähnt hat, haben wir keine Probleme in der Schule. Das funktioniert wirklich gut. Wichtig ist, dass Kinder im Vorschulalter – auch mit Schutzstatus S – möglichst die Spielgruppe besuchen. Schulpflichtige Kinder mit Schutzstatus S werden in den bestehenden Strukturen aufgefangen und betreut. Schulkinder, unabhängig von ihrem Status, haben alle Zugang zum Schulpsychologischen Dienst und zu den anderen schulischen Angeboten. Durch die Krankenversicherung haben die Kinder und Jugendlichen mit Schutzstatus S Zugang zu psychologischen und psychiatrischen Leistungen. Das brauchen wir auch. Die zuständigen Gesundheitsfachpersonen können Kinder und Jugendliche bei Bedarf an eine Kinderärztin oder einen Kinderarzt überweisen. Das wird wirklich gemacht. Sofern angezeigt erfolgt anschliessend eine Zuweisung an eine psychologische oder psychiatrische Fachperson. Der Bedarf nach psychologischen und psychiatrischen Leistungen, aber auch nach vorgelagerten, nicht therapeutischen Angeboten zur Stärkung der psychischen Gesundheit steigt stark an nicht nur wegen der Kinder aus der Ukraine, sondern generell. Hier wurde damit begonnen, die Ressourcen zu erhöhen und zusätzliche Stellen im Ambulatorium der Luzerner Psychiatrie, beim kantonalen Programm psychische Gesundheit usw. zu schaffen. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist für uns ein hohes Gut, und dieses wollen wir schützen und stärken.